



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Epochen der deutschen Geschichte

Haller, Johannes

Esslingen, 1959

Parteien und Verfassungen

[urn:nbn:de:hbz:466:1-83877](#)

nicht gegeben. Ohne Erschütterung, teils durch kluge Maßnahmen der Regierungen, teils durch den natürlichen Fortschritt der Volkswirtschaft und Volksbildung, vollzog sich hier der Übergang von der alten ständischen Gliederung in Gesellschaft und Staat zum modernen Zustand persönlicher Freiheit und Rechtsgleichheit aller Individuen. Auch die neuen Formen des Staatslebens konnten, wo sie eingeführt wurden, unmittelbar an alte Einrichtungen anknüpfen; wie denn zum Beispiel die neuen Volksvertretungen in Deutschland durchweg bis 1918 den alten Namen der Landtage oder den sachlich ganz unpassenden der Stände weitergeführt haben.

Unter diesen Umständen, da die tatsächlichen Verhältnisse auf deutschem Boden anders lagen als in den westlichen und südlichen Ländern, wäre es zu wünschen gewesen, daß man für die Neuordnung auch eigene Formen gefunden hätte, die den vorhandenen Zuständen entsprachen. Das ist nicht geschehen. Das französische Vorbild erwies sich als zu stark, es wurde nachgeahmt.

Man kann sich das nicht tief genug einprägen: das, was man seit mehr als hundert Jahren in Deutschland innerpolitisches Leben zu nennen pflegt, ist nicht aus den eigenen, heimischen Verhältnissen frei hervorgewachsen, es ist von Anfang an durch ausländische Vorbilder, vor allem französische, dann aber auch mißverstandene englische, aufs stärkste beeinflußt und — man kann es nicht anders nennen — irregeleitet und verfälscht worden.

Dazu gehörte in erster Linie das neu entstehende Parteiwesen. Die Gruppen von Interessenten, die sich nun auch auf deutschem Boden zu Parteien zusammenschlossen, um den Staat nach ihren Wünschen Bedürfnissen, Meinungen so oder anders zu konstruieren und zu lenken, stellten sich von Anfang an als Abklatsch der französischen Schablone dar. Schon ihre Namen bezogen sie aus Frankreich: konservativ, reaktionär, liberal, demokratisch, zuletzt sozialistisch — es sind lauter französische Fremdworte*.

* Daß ein Teil von ihnen in Frankreich selbst aus Spanien entlehnt war, kommt hier nicht in Betracht.

ZWÖLFTES KAPITEL

Man unterschätzt das nicht: die fremde Schablone hat Unheil und Verwirrung gestiftet, eben weil sie fremd ist und auf die deutschen Verhältnisse gar nicht paßt. Sie erweckt schon die völlig falsche Vorstellung, als ob das Parteiwesen in Deutschland ebenso einheitlich und gleichartig gestaltet wäre wie in Frankreich. In Wahrheit ist ein Konservativer im deutschen Süden niemals dasselbe gewesen wie im Norden, und die süddeutsche Demokratie hat mit der norddeutschen bis zuletzt nicht viel mehr gemein gehabt als den Namen. Nach der landläufigen Vorstellung, wie sie seit hundert Jahren, dem französischen Muster entsprechend, gilt, sollten Demokratisch und Konservativ Gegensätze sein. Und doch konnte man in mancher kleinen ehemaligen Reichsstadt Schwabens die Beobachtung machen, daß demokratische Parteizugehörigkeit sich ganz wohl mit einer geradezu eigensinnig konservativen Denkart vertragen kann. Vollends der stärkste innere Gegensatz, der zwischen den Konfessionen, fand in der französischen Parteischablone gar keinen Platz.

Überhaupt handelte es sich bei den innerpolitischen Kämpfen, die in Deutschland nach 1815 begannen, um ein ganz anderes Problem als im Nachbarland, das man, ohne des Unterschieds inne zu werden, beständig nachzuahmen suchte. In Frankreich kämpften die verschiedenen Richtungen innerhalb der Schicht der oberen Zehntausend, vor allem das Großbürgertum, das durch die Revolution emporgekommen war, nebst den Resten des Adels und der Kirche, um die Herrschaft im Staat. In Deutschland gab es Großbürger der neuen Art vorerst nur als Ausnahme. Noch war hier das bürgerliche Element mit Einschluß der akademischen Intelligenz, die seine Führung hatte, im allgemeinen nicht über die Stufe des Kleinbürgertums hinausgekommen. Wenn es gleichwohl, sich liberal nennend, gegen die Vormundschaft fürstlicher Beamten- und Polizeiregierungen sich auflehnte, so hatte es wahrhaftig noch kein Recht, sich mit den französischen Liberalen zu vergleichen, mit denen es nichts weiter gemein hatte als das Oppositionsmachen. Bei den Kämpfen der französischen Parteien von damals handelte es sich um verschiedene

Schattierungen derselben Farbe oder um einen Erbstreit zwischen Geschwistern. In Deutschland standen sich die Parteien als feindliche Fremde gegenüber, weil es sich um Fortdauer oder Sturz des monarchischen Beamtenstaats handelte. In Frankreich kämpfte man um die Regierung, in Deutschland gegen die Regierung. Die französische Opposition besaß die Fähigkeit, selbst Regierung zu sein, bei der deutschen war das einstweilen noch höchst zweifelhaft. Trotzdem war auch für sie das französische Vorbild schlechthin maßgebend. Sie wußte politisch nur in französischen Begriffen zu denken und sich das Staatsleben, wie sie es forderte, nur in Formen vorzustellen, die sie in Frankreich sah und bewunderte. Die berühmte Charte Ludwigs XVIII. von 1814 war für die gute Hälfte einer ganzen Generation von Deutschen das staatliche Ideal, das auch sie zu besitzen verlangte. Eine französische »Verfassung« zu haben, schien für den deutschen Staat unerlässlich.

An vielen Stellen sind die Regierungen diesem Begehr von Anfang an mit halben Schritten entgegengekommen. In Weimar, Bayern, Baden, Hessen, Württemberg wurden seit 1818 »Verfassungen« gegeben, die dem Volk durch gewählte Vertreter einen gewissen Anteil an der Regierung des Staates einräumten. Die Juli-revolution von 1830 in Frankreich gab den Anstoß, derartige Einrichtungen auch in Kurhessen, Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Sachsen zu schaffen. So hatte nun auch Deutschland ein »Verfassungsleben«, und die vorhandenen politischen Strömungen hatten Gelegenheit, sich auf den Tribünen gewählter Parlamente miteinander zu messen.

Es ist nicht zu verwundern, daß dabei zunächst allgemeine Verwirrung herrschte. Erst mit der Zeit konnten die Begriffe sich klären, die Richtungen sich sondern. Von den Demokraten, die womöglich die Republik mit Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verwirklichen wollten, unterschieden sich die Liberalen. Ihr Ideal war die parlamentarisch beschränkte Monarchie, deren Urbild man in England zu sehen glaubte und die neuerdings in Frankreich und Belgien

eingeführt war. Nach dem Ausland blickten sie alle, wenn sie sich politisch belehren oder erbauen wollten. War England für die einen das Musterland schlechthin, so sahen die anderen das »Mekka der Freiheit« in Paris. Wenn volkstümliche Politiker in Deutschland über Freiheit und Volksrechte deklamierten, so konnte man sicher sein, daß sie im wesentlichen wiederholten, was sie in französischen Zeitungen gelesen hatten. Wieder andere begeisterten sich für Polen, das für seine »Freiheit« focht, ohne zu beachten, daß es sich hier um etwas ganz anderes, nämlich um die Selbstbestimmung eines Volkes gegenüber einem anderen handelte, ein Problem, desgleichen es im damaligen Deutschland nicht gab. Aber Freiheit war Freiheit, dieses am meisten mißbrauchte aller deutschen Worte genügte dem badischen oder pfälzischen Spießbürger, der sich über die Polizeiverordnungen seines angestammten Landesvaters ärgerte, um im polnischen Edelmann, der die Herrschaft des russischen Zaren nicht ertrug, einen Leidensgefährten, einen Bruder und Kampfgenossen zu sehen, mit dem man für die gleichen Ziele focht. Es sind die klassischen Zeiten der Ausländerei und Fremdenanbetung, und es war nur der sinnfällige Ausdruck dieser Tugend, wenn auf dem Freiheitsfest zu Hambach in der Pfalz im Jahre 1832 neben den deutschen Farben die polnische Fahne wehte und ein Redner die verbrüdernten Nationen von Deutschland, Frankreich und Polen leben ließ! Gewiß, die Männer, die damals für fremde Staaten und Völker schwärmt, hatten noch keine politische Erfahrung. Sie machten es in der Politik so, wie Heinrich Heine vom Deutschen behauptet, daß er ein Kamel zu malen wisse, ohne es gesehen zu haben: sie griffen in ihren Busen und malten den Idealzustand der Welt aus der Tiefe ihres deutschen Gemütes. Vom Ausland, an dessen Rockschößen sie hingen, hatten die meisten von ihnen nichts gesehen. Sie wiederholten das Lob englischer, französischer, belgischer Gesetze, ohne eine Vorstellung davon, wie es dort mit der Wirklichkeit bestellt war. Daß diese ganz anders aussah, als man sie sich in Deutschland ausmalte, ahnten die wenigsten.

Darin zeigte sich der Fluch, der von Anfang an auf dem deutschen Verfassungsleben lastete: es bewegte sich durchaus in kleinstaatlichen und kleinbürgerlichen Grenzen und wollte doch das Leben großer, fest geeinter Nationalstaaten nachahmen. Daher die betrübende Unfruchtbarkeit des deutschen parlamentarischen Lebens in diesen Jahrzehnten, die doch als politische Vorschule der Nation so nützlich hätten sein können. In den Parlamenten zu München, Stuttgart, Karlsruhe und wo immer konnte auch der Fleißigste nichts für seine Ausbildung zum wirklichen Politiker lernen, weil in allen diesen Staaten keine wirkliche Politik gemacht wurde.

Anders hätte es nur sein können, wenn wenigstens eine der beiden Großmächte, die zu Deutschland gehörten, sich beizeiten entschlossen hätte, die neuen Formen des Regierens anzunehmen. Daß dies Österreich nicht sein konnte, lag auf der Hand. Der Übergang zu parlamentarischen Formen mußte dieses Konglomerat verschiedener Nationalitäten früher oder später auflösen und zerstören. Bei Preußen lag es umgekehrt. Seine Staatseinheit konnte gefördert werden, wenn die Bevölkerung aus Ost und West sich in einer gemeinsamen Vertretung begegnete, sich kennen und zusammen leben und arbeiten lernte.

Daß es dazu nicht kam, ist die persönliche Schuld Friedrich Wilhelms III. Er selbst hatte 1815 öffentlich die Zusage gemacht, daß Preußen eine den ganzen Staat umfassende ständische Vertretung erhalten solle. Er hatte sogar 1820 ein Gesetz erlassen, das die Aufnahme von neuen Staatsschulden von der Zustimmung der Gesamtstände abhängig machte. Aber zur Einberufung dieser Versammlung konnte er sich nicht entschließen. Wie so viele Zeitgenossen lebte er ganz in der Furcht vor Revolution, und diese Furcht teilte sich bald seiner Regierung mit. Dabei geschahen Dinge, an die man ungern erinnert wird. Auf königlichen Befehl wurden Jahre hindurch Demagogen verfolgt, die entweder keine waren oder, wenn sie es waren, kein Volk zum Führen und Verführen gefunden hätten. Nicht genug, daß in den Grenzen des eigenen Landes »die Affen-